

finanzielle Stütze des Milieus des organisierten Verbrechens ist. Nicht, wenn die öffentliche Meinung sich klar zum Thema äußert. Schon sind viele Frauenvereinigungen und Vereinigungen zum Schutz des Kindes — von denen einige ihre Ablehnung der Pornographie in einer Resolution geäußert haben, die auf der letzten Konferenz nichtstaatlicher Organisationen mit Konsultativstatus bei der UNESCO verabschiedet wurde — der Meinung, es sei höchste Zeit, ähnlich der internationalen Kampagne gegen den Drogenhandel ein umfassendes Programm zu entwerfen und in die Tat umzusetzen, das die Befreiung derjenigen Frauen und Kinder, die heutzutage in Sklaverei leben, zum Ziel hat, ebenso die Unterbindung künftiger derartiger Verletzungen ihrer Freiheit und menschlichen Würde. Ihre Meinung wird zweifellos auf der Schlußkonferenz der Frauendekade der Vereinten Nationen in Nairobi zum Ausdruck gebracht werden.

Anmerkungen

- 1 Bundestags-Drucksache 10/2710 v. 11. 1. 1985.
- 2 Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht darunter.
- 3 UN-Doc. E/1983/7 v. 17. 3. 1983 mit Corr. 1 und 2.
- 4 Diese Entschließung wurde von der Generalversammlung in ihrer Resolution 38/107 (Text: VN 5/1984 S. 179) aufgegriffen.
- 5 Ein ausführlicher Bericht über die Wiener Tagung der ›International Abolitionist Federation‹ in deutscher Sprache kann bei der Präsidentin der Vereinigung, Frau Anima Basak, Kahlenberger Str. 61/9, A-1190 Wien, angefordert werden.
- 6 Ulla Ohse, Forced Prostitution and Traffic in Women in West Germany, Edinburgh (Human Rights Group) 1984. Zu beziehen von der Verfasserin, Benzstr. 3, D-7530 Pforzheim.
- 7 Die bestinformierte und überzeugendste von ihnen ist Kathleen Barry, die Autorin einer einschlägigen Untersuchung: Female Sexual Slavery, New York (Prentice Hall) 1979.
- 8 Die Bundesrepublik Deutschland hat im Zuge der Liberalisierung der einschlägigen Gesetzgebung 1974 die Übereinkunft gekündigt (BGBl 1974 II 912). Noch gültig ist jedoch das Abkommen von 1910 zur Bekämpfung der Verbreitung unzüchtiger Veröffentlichungen, wie sich aus Art.12 Abs.3 der Übereinkunft von 1923 ergibt.

USA und UNO: Anmerkungen zur gegenwärtigen Krise

KLAUS HÜFNER · JENS NAUMANN

In keinem anderen Land wird gegenwärtig so intensiv und kontrovers über die Vereinten Nationen diskutiert wie in den Vereinigten Staaten. Schrille Vorwürfe der kommunistisch-sozialistischen Spionage und Unterwanderung des UNO-Systems sowie die Klage über eine davon ausgehende Gefährdung der amerikanischen Grundwerte und des freien Westens mischen sich mit scheinbar rein sachbezogenen Überlegungen zur Kosteneffizienz und Rationalität internationaler Bürokratien. Die Rezepte zur Abhilfe multiplizieren sich und reichen von Boykott- und Auszugsempfehlungen bis zu Entwürfen für eine neue Charta der Vereinten Nationen. Eine solche Alternative hat im Januar auf einer Pressekonferenz in New York Harold E. Stassen vorgelegt, der letzte Überlebende der amerikanischen Diplomaten-Generation, die unmittelbar an der Gründung der Weltorganisation beteiligt war. Stassens Vorschlag gehört mit Sicherheit zu den konstruktivsten Überlegungen, aber auch er spiegelt die wichtigsten Einwände und Bedenken der amerikanischen Diskussion deutlich wider:

- > Eine klare Distanz gegenüber einer aktiven Rolle des UN-Systems im sozio-ökonomischen Entwicklungsprozeß bei neuerlicher Betonung der Funktion der Friedenserhaltung und Streitschlichtung;
- > das Bemühen, den Einfluß der neuen Mehrheiten durch ein System der Stimmengewichtung in allen Entscheidungsgremien (10 Staaten mit 1 000 Stimmen, 10 mit 200, 10 mit 150 Stimmen und so fort bis zu rund 80 Staaten mit 30 oder weniger Stimmen) zurückzudrängen.

Im folgenden Beitrag stehen jedoch weder einzelne kritische Argumente noch die Einzelheiten verschiedener Reformvorschläge im Mittelpunkt. Vielmehr werden in den ersten drei Kapiteln einige Stationen der zunehmenden amerikanischen Entfernung von der Weltorganisation auf der Ebene des politischen Systems in Erinnerung gerufen, während in den darauffolgenden Abschnitten versucht wird, die Verankerung des Internationalismus und Nationalismus im politisch-ideologischen Klima der amerikanischen Öffentlichkeit zu charakterisieren.

I. Der ambivalente Internationalismus der USA: 1920–1970

Das Problem der Kontinuität und damit der Berechenbarkeit der US-Außenpolitik ist nicht neu: Der Kampf um die Kontrolle über die Außenpolitik gehört zu den ältesten und schärfsten Konflikten innerhalb des amerikanischen Regierungssystems. Neben dem Präsidialamt existiert mit dem Kongreß ein zweites Zentrum außenpolitischer Entscheidungskompetenz und

-macht, das im Laufe der Jahrzehnte durch unterschiedliche Interessen bestimmt war. Diese duale Struktur hat die Herausbildung klarer außenpolitischer Leitlinien stets erschwert. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde dies besonders deutlich im Zusammenhang mit der Gründung des Völkerbunds. Die in den Friedensverträgen festgelegte Neuordnung Europas enthielt nur wenig von dem berühmten 14-Punkte-Programm des US-Präsidenten Wilson. Dessen Vorstellungen von einem ›Frieden ohne Besiegte‹, von der Neuordnung der Kolonialverhältnisse im Hinblick auf eine Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und von einer mit gewissen Souveränitätsrechten ausgestatteten supranationalen Organisation ließen sich gegen die Vertreter der anderen siegreichen Großmächte nicht durchsetzen, wobei die Schwäche der Verhandlungsposition Wilsons nicht zuletzt darauf zurückzuführen war, daß die in den Kongreßwahlen gerade siegreiche Republikanische Partei dem Präsidenten jede wie immer geartete Verhandlungsvollmacht abgesprochen hatte. Der Kongreß verweigerte schließlich auch die Ratifizierung des Versailler Vertrages und verhinderte einen Beitritt der USA zum Völkerbund, dessen Satzung den Teil I des Versailler Vertrages bildete.

Auch die Gründungsgeschichte der Vereinten Nationen Anfang der vierziger Jahre wurde von sehr unterschiedlichen Zielsetzungen beeinflußt. Für Präsident Roosevelt standen weltökonomische Interessen im Vordergrund, um den Erfolg einer offenen US-Marktwirtschaft durch eine entsprechende Weltwirtschaftsordnung abzusichern. Hier konnte Wilsons Prinzip der Selbstbestimmung (›wofür auch die amerikanischen Kolonien kämpften‹) mit der pragmatischen Forderung nach neuen Märkten nach der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre kombiniert und in konkreten Fällen auch praktiziert werden — etwa 1945 bei den Kreditgewährungen an Großbritannien und Frankreich, die mit der Bedingung verknüpft waren, ihre Handelsprivilegien im eigenen Kolonialreich aufzugeben. Roosevelts Ansatz, mit Hilfe der Vereinten Nationen die Sowjetunion in die ›Familie der Nationen‹ zu integrieren und dadurch die Kriegsbündnisse auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fortzusetzen, stellte eine eher pragmatische Zielsetzung dar, von der sich sein Nachfolger Truman bereits 1945 durch einen weniger kompromißbereiten Kurs gegenüber der Sowjetunion absetzte.

Mit der Notwendigkeit, die neue Weltorganisation dem amerikanischen Wähler zu ›verkaufen‹, wurden dann unterschiedliche Versionen über die Zukunft der Vereinten Nationen artikuliert, die im Außenverhältnis immer zu Unklarheiten — nicht

nur in Moskau — über die eigentliche offizielle US-Haltung führten.

Von Anfang an war die Arbeit der Vereinten Nationen durch die Atmosphäre des Kalten Krieges zwischen den beiden Weltmächten USA und Sowjetunion geprägt. Aufgrund der damaligen Stimmenverhältnisse in der Generalversammlung entschieden sich die USA, die Vereinten Nationen als integralen Teil ihrer Strategie gegen die Sowjetunion einzusetzen. Allerdings währte die ›goldene Zeit‹, in der die Generalversammlung als US-amerikanische ›Abstimmungsmaschinerie‹ galt, die mit einer vorhersehbaren Mehrheit von 10 zu 1 die Sowjetunion und ihre Verbündeten isolieren konnte, nur bis Anfang der sechziger Jahre. Von diesem Zeitpunkt an verschoben sich die Mehrheitsverhältnisse entscheidend zugunsten der Dritten Welt.

Spätestens seit Ende der sechziger Jahre wurde deutlich, daß die USA angesichts dieser neuen Situation unfähig waren, eine strategische Politik gegenüber den Vereinten Nationen zu formulieren und aufrechtzuerhalten. Ein Ausdruck dieser Haltung ist der häufige Wechsel — in 40 Jahren tritt im Durchschnitt alle zwei Jahre ein neuer US-Botschafter sein Amt an — und die unklare Rollendefinition des Ständigen Vertreters Washingtons bei den Vereinten Nationen. Durch die Doppelrolle — einerseits Botschafter, andererseits auch Kabinettsmitglied — entstanden notwendigerweise immer wieder Gegensätze zwischen der persönlichen Karriereorientierung (mit Blick auf innenpolitische Probleme und Stimmungslagen) und den außenpolitischen Notwendigkeiten.

II. Die siebziger Jahre:

Das Vietnam-Trauma und die Erosion der Führungsrolle

Das Trauma des Vietnam-Krieges, die Watergate-Affäre und nicht zuletzt die Ölkrise prägten tief das politische Klima in den USA der siebziger Jahre. Selbstzweifel und Selbstkritik nahmen zu, Unsicherheit herrschte über Art und Ausmaß des erforderlichen, innen- und außenpolitisch vertretbaren internationalen Engagements. Der Ölschock von 1973 (und 1978) demonstrierte der amerikanischen Öffentlichkeit eine völlig ungewohnte wirtschaftliche Abhängigkeit. In den ›staatendemokratisch‹ (ein Staat, eine Stimme) strukturierten Gremien des UN-Systems kam es — vor dem Hintergrund des durch die OPEC-Politik erstarkten Selbstvertrauens der Dritten Welt — vor allem im Zusammenhang mit wirtschafts- und entwicklungspolitischen Themen immer wieder zu Konflikten, in denen die USA sich mehr oder weniger in der Minderheit oder gar isoliert sahen. Die amerikanischen Reaktionen darauf schwankten zwischen dem scharfzüngig-aggressiven Stil Daniel P. Moynihans in der Spätphase der Nixon-Ford-Regierung (Fischer 1976; Moynihan 1980) bis zum anderen Extrem einer Dritte-Welt-Empathie von Botschafter Andrew Young in seiner kurzen Amtszeit in der Frühphase der Carter-Administration.

Im Dezember 1974 weigerten sich die USA aus Protest gegen drei Israel betreffende Entschlüsse der 18. UNESCO-Generalkonferenz, ihren 25-Prozent-Pflichtbeitrag zum ordentlichen Haushalt der Organisation für 1975/76 zu leisten, obwohl sie ihm wenige Wochen vorher zugestimmt hatten (Nerfin 1976). Dieses ›finanzielle Veto‹ ist vergleichbar mit dem Verhalten unter anderem der Sowjetunion, als diese sich Mitte der sechziger Jahre weigerte, ihren Anteil für friedenserhaltende Operationen der Vereinten Nationen (Suez, Kongo) zu zahlen und sogar mit dem Austritt drohte — das Finanzproblem wirkt heute noch nach.

Im Juni 1975 entschied die ILO, die PLO als Beobachter zuzulassen. Obwohl bereits zahlreiche andere Sonderorganisationen sowie die UN-Generalversammlung diesen Schritt vollzogen hatten, kündigten die USA im November 1975 ihre ILO-Mitgliedschaft zum November 1977 und weigerten sich, ihre ausstehenden Pflichtbeiträge für 1975/76 zu zahlen, obwohl sie auch in

diesem Fall dem Haushalt vorher zugestimmt hatten (der Wiedereintritt erfolgte 1980).

Als nach Ablösung des republikanischen Präsidenten Ford Andrew Young zum Botschafter bei den Vereinten Nationen berufen wurde und der Demokrat Carter die Menschenrechtsproblematik in den Mittelpunkt seiner Innen- und Außenpolitik rückte, schien im Stil und in den Inhalten eine konstruktivere Phase der amerikanischen UN-Politik zu beginnen. Aber die groß herausgestellte Menschenrechtspolitik der USA verfiel sich dann sehr schnell in den gespaltenen Erwartungshorizonten der amerikanischen Öffentlichkeit. Die Linksliberalen dachten primär an die Probleme in Chile und Argentinien, die Rechtskonservativen an die Sowjetunion und deren Verbündete; ›übergeordneten Sicherheitsinteressen‹ wurde Vorrang gewährt (etwa bei der Hilfe für Südkorea, Indonesien und die Philippinen) und die in den USA dominierende individualrechtliche Interpretation geriet in Konflikt mit den — vernachlässigten — sozialrechtlichen Aspekten. Auf der politisch-rechtlichen Ebene gelang es daher auch Präsident Carter nicht, die Menschenrechtspolitik konkret zu überführen in die Ratifizierung von Menschenrechtskonventionen, die von den Vereinten Nationen verabschiedet wurden und inzwischen in Kraft getreten sind. Zwar haben die USA wichtige Übereinkommen unterzeichnet (so 1978 die Rassendiskriminierungskonvention und die beiden Menschenrechtspakte), aber bisher nicht ratifiziert.

Dieses Verhalten wird in den Vereinigten Staaten unter anderem damit erklärt, daß durch den Ratifizierungsakt US-Rechte außerhalb des normalen Gesetzgebungsprozesses verändert werden könnten und das Verhältnis der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bundesstaaten und nationalen Institutionen beeinflusst würde. Demgegenüber ist einzuwenden, daß die Ratifizierung mit Vorbehalten oder Interpretationen verbunden werden könnte, was durchaus akzeptiert wird, sofern ein Mindeststandard der Menschenrechtsachtung gewahrt bleibt. Beispielsweise müßten die in den Menschenrechtspakten niedergelegten Bestimmungen nicht automatisch US-Recht werden, sondern könnten verwiesen bleiben auf US-interne Umsetzungsprozesse. Vorbehalte etwa in dem Sinne, daß die US-Bundesregierung die Bundesstaaten darin ›bestärkt‹, den Konventionen entsprechende Maßnahmen zu treffen, sind ebenfalls international üblich. Offenbar überwiegt in der amerikanischen Öffentlichkeit jedoch die generelle Abneigung, ein ›höheres Recht‹ als das der US-Verfassung anzuerkennen, obwohl die Rechtsprechung des Obersten Gerichts deutlich macht, daß alle Angelegenheiten von internationalem Belang Gegenstand von Verträgen der USA sein dürfen (so etwa im Falle der UN-Mitgliedschaft durch Ratifizierung der Charta).

III. Die achtziger Jahre: Die neue Strategie der Stärke

Wirtschaftlich prägten hohe Inflation und Arbeitslosigkeit, außenpolitisch der Zusammenbruch des Schah-Regimes, die Demütigung des Teheran-Debakels und die sowjetische Invasion Afghanistans die Endphase der Carter-Administration. Der Wahlsieg Ronald Reagans im Spätherbst 1980 und die von seiner Regierung dann erfolgreich betriebene Politik kann in wesentlichen Grundzügen als nationalkonservative Reaktion auf die tatsächlichen oder vermeintlichen kollektiven Demütigungen der USA — durch die Außenwelt und Teile der eigenen Öffentlichkeit — betrachtet werden. Die Überwindung von Selbstzweifeln durch die Rückbesinnung auf die ›eigenen Werte‹, neue Selbstzuversicht und Selbstsicherheit durch die Wiedergewinnung wirtschaftlicher und militärischer Stärke und schließlich der erneuerte Anspruch auf eine politische Führungsrolle, wenn schon eher selten explizit für die Welt, dann doch zumindest für die bedrohte Minderheitengruppe der ›westlichen Wertegemeinschaft‹ — all dies sind wichtige Teile des Versuchs, die kollektive Identität der USA zu erhalten beziehungsweise neu zu definieren.

Dem System der Vereinten Nationen fällt bei diesen Rekonstruktionsbemühungen eine (im negativen Sinne) herausragende symbolische Bedeutung zu: Die anti-amerikanische »Abstimmungsmaschine« einer Mehrheit zumeist unterentwickelter, undemokratischer, häufig kleiner Staaten wird zum Sinnbild der institutionalisierten Perversion von politischen Verfahren, Zielen und Hoffnungen der Gründerjahre.

»Wir (sehen) eine Institution, in deren Rahmen die Sprache und die Verfahren der Charta nach Orwellscher Art dazu verwendet werden, mit diesen Werten absolut unvereinbare Ziele zu erreichen«,

betont die US-Botschafterin in Wien. Und weiter heißt es:

»Eine automatische Mehrheit zwingt die Vereinten Nationen zur Annahme von politischen Entscheidungen, die durch die wenigen übriggebliebenen demokratischen und verantwortungsbewußten Länder dann in die Tat umgesetzt werden müssen, wobei sie — wohlgemerkt — dafür mit dem Geld ihrer Steuerzahler aufkommen müssen.« (von Damm 1985, S.9)

Der amerikanische Politikwissenschaftler und Völkerrechtler Falk meinte Anfang der siebziger Jahre einen »amerikanischen Angriff auf die Vereinten Nationen« feststellen zu können — rückblickend handelte es sich damals aber nur um erste Vorhutgefechte (Falk 1975). Drei Beispiele aus der jüngsten Zeit veranschaulichen die gegenwärtige Stimmung in einflussreichen Kreisen.

- Charakteristisch war im Herbst 1983 die positive Reaktion Präsident Reagans auf die Äußerung des US-Delegierten Charles M. Lichenstein (heute bei der »Heritage Foundation«), daß die UN-Mitgliedstaaten »ernstlich überlegen sollten, sich und die Organisation vom Boden der Vereinigten Staaten zu entfernen« (von Damm 1985, S.10). Damit wurde erstmals offiziell eine Position unterstützt, die bis dahin immer nur von einer kleinen, ultrakonservativen Minderheit vertreten worden war.

- Der Antrag von Senatorin Nancy Kassebaum aus Kansas im Herbst 1983, den Beitrag der USA an die Vereinten Nationen über einen Zeitraum von vier Jahren einfach um 500 Mill US-Dollar zu kürzen, erhielt im Senat eine Zweidrittelmehrheit (wurde dann aber vom Repräsentantenhaus verworfen).

- Der Antrag des Senators Robert Kastens aus Wisconsin, das Außenministerium solle einen jährlichen Bericht über das Abstimmungsverhalten der UN-Mitgliedstaaten vorlegen, wurde dagegen vom Kongreß als Gesetz angenommen. Auf dieser Grundlage wird heute entschieden, welche Entwicklungsländer gegenüber den USA hinreichendes Wohlverhalten zeigen und daher mit amerikanischer Entwicklungshilfe rechnen dürfen. Der erste Bericht wurde im März 1984 veröffentlicht. Aus dem kürzlich vorgelegten zweiten, der die Stimmabgaben auf der 39. Generalversammlung untersucht, geht hervor, daß Israel als treuester Verbündeter gelten kann; am wenigsten mit Positionen der USA stimmten Albanien und Mosambik überein.

Als politisch besonders erfolgreiche Lobby muß in diesem Zusammenhang die »Heritage Foundation«, ein rechtskonservativer Ideologielieferant in Washington, erwähnt werden. In einer Serie von Einzeluntersuchungen (»United Nations Assessment Project Study«) wurden viele Institutionen und Aktivitäten des UN-Systems auf bemerkenswerte Weise analysiert und außerordentlich heftig kritisiert (Pines 1984). Diese Kritik wurde in den US-Medien breit diskutiert und fand auch im Kongreß und in der Reagan-Administration starken Widerhall. Demgegenüber nimmt sich die Rolle der nichtstaatlichen UN-bezogenen Organisationen (UNESCO-Kommission, UN-Gesellschaft usw.) sowohl im Hinblick auf ihren Organisationsgrad und die ihnen zur Verfügung stehenden Finanzmittel wie auch hinsichtlich ihrer Lobby-Tätigkeit äußerst bescheiden aus. In jüngster Zeit beginnt allerdings die Kritik am Regierungskurs an der Basis dieser Organisationen zu wachsen.

Vorläufiger Höhepunkt der Anti-UNO-Kampagne Washingtons ist das zum Jahresende 1984 erfolgte Ausscheiden aus der UNESCO, verbunden mit dem zunehmenden Druck auf die westlichen Verbündeten, diesem Schritt zu folgen (Hüfner/Nauermann 1985). Die folgenden drei Beispiele sollen noch einmal die Flächendeckung des gegenwärtigen »amerikanischen Angriffs« auf die Vereinten Nationen verdeutlichen.

Beispiel UNCTAD

Die 1964 auf Druck der Entwicklungsländer ins Leben gerufene und in Abständen von drei bis vier Jahren tagende UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) geriet spätestens Ende der siebziger Jahre durch Maximalforderungen der »Gruppe der 77« einerseits und durch defensive Minimalangebote der westlichen Industriestaaten andererseits in eine Sackgasse. Im Frühjahr 1984 wurde die UNCTAD mit einem US-Memorandum konfrontiert, wonach Reformen in der ganzen UN-Familie notwendig seien, der Anfang jedoch mit der UNCTAD gemacht werden müsse, weil sie dort besonders vordringlich seien. Die US-Kritik bezieht sich unter anderem auf die »Vielspurigkeit und Wiederholungen« im Nord-Süd-Dialog, die »Entscheidungsfassung außerhalb der zuständigen politischen Gremien« sowie die »Erarbeitung von Scheinkompromissen, welche nur bedeutungslose Eintagsfliegen« sind. Gefordert wird eine »festere, offensivere und weniger gönnerhafte Haltung in den Verhandlungen mit den Entwicklungsländern« (Handelsblatt v.10.4.1984).

Auch hier stellen Kritikpunkte wie Politisierung der UNCTAD-Gremien und Ineffizienz des Sekretariats — ähnlich wie bei der UNESCO — nur vordergründige Argumente dar. Diese Kritik, der sich zahlreiche westliche Industriestaaten »weitgehend« angeschlossen haben, ist nicht neu. Allerdings blieb es den USA vorbehalten, sie öffentlich zur Diskussion zu stellen. Unklar ist jedoch, ob die USA ernsthaft an einer Reform interessiert sind:

»Es gibt nämlich berechtigte Zweifel, daß es die Amerikaner mit ihrem Druck tatsächlich im Auge haben, die UNCTAD zu einem qualitativ wirkungsvollen Forum der Zusammenarbeit der Weltgemeinschaft mit einem entwicklungspolitischen Schwerpunkt umformen zu wollen. Vielmehr ist der Eindruck entstanden, daß die Amerikaner vorerst hauptsächlich an einer Lähmung der internationalen Organisation interessiert sind.« (Neue Zürcher Zeitung v.21.1.1985)

Auch im Falle der UNCTAD drohten die USA mit dem »Austritt«. Da die UNCTAD jedoch keine Sonderorganisation mit eigener Mitgliedschaft ist, sondern Spezialorgan der Generalversammlung ohne eigenen Haushalt, würde eine Einstellung der Mitwirkung in der UNCTAD als Boykott eines wichtigen Teilbereichs der Vereinten Nationen gelten.

Beispiel IFAD

Der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) wird nach dem Grundsatz der Gruppenparität (westliche Industrieländer, Ölförderländer, andere Entwicklungsländer) verwaltet. Über die zweite Auffüllung des Fonds wurde bislang keine Einigung erzielt. Die US-Regierung widersetzt sich der von den Ölförderländern angestrebten Veränderung des Lastenverteilungsschlüssels dieses Finanzinstituts. Weitergehende Vorstellungen entwickelte 1984 die Wahlplattform der Republikaner: sie forderte die Auflösung des Fonds (Wetzel 1985, S.14).

Nachdem die für den Zeitraum 1981–1983 bereitgestellte eine Mrd Dollar bereits auf vier Jahre gestreckt wurde und die Organisation 1984 nur ein erheblich reduziertes Programm durchführen konnte, wird gegenwärtig für 1985–1987 nur noch über Finanzierungsvarianten zwischen insgesamt 500 und 650 Mill Dollar diskutiert. Diese Aufstockungsoptionen des IFAD-Kapitals sind zwar für beide Gruppen eher kompromißfähig, nehmen sich aber außerordentlich bescheiden aus gegenüber den beiden vorangegangenen Aufstockungen von jeweils etwa einer Mrd Dollar. Mit dieser Perspektive einer begrenzten Kapitalaufstockung bestehen zwar neue Hoffnungen für den Fortbestand des IFAD, aber faktisch nur unter der Bedingung einer Halbierung des Volumens für Aktivitäten in der Dritten Welt.

Beispiel IDA

Anfang 1985 verlautete aus der Reagan-Administration gegenüber der Weltbank, daß sie in zwei Jahren keine weiteren Beiträge für die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) mehr zahlen wolle. Die IDA trat 1960 als ungewolltes Kind der Weltbank ins Leben, um die Forderung der Entwicklungsländer nach einem speziellen Kapitalfonds, der nicht den strengen Kreditbedingungen der Weltbank unterworfen ist, zu entschärfen. Die IDA gewährt »weiche« Kredite zur Finanzierung von Projekten in armen Entwicklungsländern. In der IDA konnten die westlichen Staaten wegen der nach den Einlagen gewichteten Entscheidungsmechanismen der Weltbankgruppe ihre Kontrolle der multilateralen Entwicklungsfinanzierung weitgehend beibehalten. Meinungsgegensätze im Rahmen der Weltbank sind daher nicht Teil des Nord-Süd- oder Ost-West-Konflikts, sondern West-West-Gegensätze.

Bereits seit 1968 haben die USA ihren Anteil am Beitragsaufkommen der IDA schrittweise von 42 auf 25 vH vermindert. Trotzdem nehmen sie immer noch eine führende Rolle ein: Obwohl sich die Weltbank und die Mehrzahl ihrer Mitglieder für eine Aufstockung des IDA-Aufkommens auf ursprünglich 16 Mrd Dollar für den Zeitraum 1985–1987 aussprachen, wurden auf Antrag der USA nur 9



Idriss Jazairy aus Algerien ist neuer Präsident des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD). Im November 1984 wurde er Nachfolger von Abdelmuhsin Al-Sudeary aus Saudi-Arabien. Jazairy, am 29. Mai 1936 geboren, hat als algerischer Diplomat an zahlreichen internationalen Konferenzen teilgenommen; 1978 und 1979 war er Vorsitzender des Plenarausschusses der Generalversammlung für Wirtschaftsfragen. Dem sich damals schon abzeichnenden Stillstand in Nord-Süd-Fragen begegnet er nunmehr auch beim IFAD; er trat sein Amt in einer kritischen Phase der noch jungen Sonderorganisation an (vgl. Horst Wetzel, Streit um die zweite Auffüllung des IFAD, VN 1/1985 S.11ff.). Jazairy ist Absolvent der Verwaltungshochschule (ENA) in Paris und hat Magistergrade in Politikwissenschaft und öffentlicher Verwaltung in Oxford beziehungsweise Harvard erworben.

Mrd Dollar bewilligt. Die anderen großen westlichen Geberländer wagten keine kompensierenden Einzahlungen, da dies zu einer Verschiebung der Stimmengewichtung zuungunsten der USA geführt hätte. Lediglich Japan war zu einer deutlichen Erhöhung bereit, wogegen sich die USA jedoch aussprachen. Mittlerweile geht es nicht mehr allein um höhere oder geringere Anteile; eine Nichtbeteiligung der USA ab 1988 würde das Ende der IDA in ihrer gegenwärtigen Form und praktisch die Beendigung der amerikanischen Mitwirkung an der multilateralen Entwicklungsfiananzierung im Rahmen der Weltbankgruppe bedeuten.

IV. UN-bezogene Einstellungen und Kenntnisse

Bis zur Mitte der sechziger Jahre waren recht konstant um die 50 vH der amerikanischen Öffentlichkeit der Ansicht, die UNO würde ihre Aufgaben — insgesamt gesehen — gut oder sehr gut bewältigen, während rund 35 vH die gegenteilige Meinung äußerten. Ab Anfang der siebziger Jahre haben sich die Proportionen dieser Globaleinschätzung verkehrt: Zwischen 30 und 35 vH stellen der Weltorganisation ein gutes, in der Regel leicht über 50 vH ein schlechtes Zeugnis aus (Alger 1980 sowie neuere Umfragen).

Dieser tiefgreifende Wandel in der allgemeinen Einschätzung hat andererseits jedoch nicht dazu geführt, daß ein wachsender Bevölkerungsanteil einen Austritt aus der Weltorganisation wünscht, eher das Gegenteil ist der Fall: In den Jahren 1978 bis 1983 befürworteten nur zwischen 12 und 16 vH einen Austritt, während sich regelmäßig zwischen 78 und 80 vH für den Ver-

bleib aussprachen, wie aus verschiedenen repräsentativen Umfragen von Gallup und Roper hervorgeht. Mit wachsendem formalen Bildungsniveau pflegen die Befragten der UNO etwas kritischer gegenüberzustehen und eine selektivere und zurückhaltendere Mitarbeit der USA zu bevorzugen, sind andererseits aber sehr viel ausgeprägter für den weiteren Verbleib in der Organisation. Einzelne politische Ereignisse und Krisen haben keinen Einfluß auf die skizzierten globalen Einstellungen (Perkins/Robinson 1977), insbesondere zeigen sich bisher auch keine bemerkenswerten Veränderungen während der Reagan-Administration. Für andere Staaten gibt es keine vergleichbar konsistenten Umfragen über viele Jahre hinweg, die einzige, direkt einschlägige internationale Erhebung stammt aus dem Jahr 1975 (Gallup 1977 a). Sie zeigt die Eigenheiten des US-amerikanischen Meinungsbildes und Kenntnisstandes; die Struktur dieser Ergebnisse dürfte auch heute noch gültig sein.

Von den Bevölkerungen aller untersuchten westlichen Industriestaaten ist die amerikanische mit weitem Abstand die am schlechtesten informierte: Nur 29 vH der Bevölkerung waren in der Lage, irgendeine Sonderorganisation oder ein Programm des Systems der Vereinten Nationen zu benennen, während in Kanada und Japan rund 40 vH, in Australien 46 und in Westeuropa schließlich 49 vH dazu fähig waren. Die europäischen Spitzenreiter waren die skandinavischen Staaten, die Bundesrepublik Deutschland (über 70 vH) und die Benelux-Staaten (61 vH); das Schlußlicht bildete Italien (30 vH) mit sozusagen amerikanischen Werten. Berücksichtigt man den Bildungsstand der Befragten, dann nivellieren sich diese Staatenunterschiede nicht etwa mit höherer Bildung, sondern werden noch ausgeprägter (Gallup 1977 b). Während in den USA 18 vH der Sekundarschulabsolventen und 46 vH der Befragten mit einem Hochschulabschluß irgendeinen Teil des UN-Systems näher benennen konnten, waren es 49 beziehungsweise 73 vH in Europa, 50 beziehungsweise 55 vH in Lateinamerika und 27 beziehungsweise 60 vH in Afrika. Dabei sind die amerikanischen Werte insofern noch überhöht, als sich die USA-Nennungen von Teilen des UN-Systems ganz außergewöhnlich stark auf UNICEF und UNESCO konzentrieren, beide (damals) attraktive Symbole eines populären Internationalismus. In keinem anderen europäischen oder außereuropäischen Industriestaat und in keinem Staat der Dritten Welt war die Wahrnehmung des UN-Systems derartig konzentriert und verzerrt.

Die skizzierten Muster von Einstellungen und Kenntnissen zeigten sich auch in einer detaillierten vergleichenden Studie von Verwaltungsbeamten und Parlamentariern in Norwegen und den USA (Riggs/Mykletun 1979). Große Stichproben von Beamten und Parlamentariern mit und ohne Erfahrungen im und Arbeitsbezügen zum UNO-System wurden hinsichtlich ihrer Einschätzung und Bewertung der UNO und der internationalen Entwicklungszusammenarbeit analysiert. In beiden Staaten waren Befragte mit höherem Bildungsniveau beziehungsweise mit (unterschiedlich langen) Erfahrungen der internationalen Zusammenarbeit deutlich universalistischer eingestellt. Bemerkenswert war jedoch, daß die norwegischen Befragten aller Kategorien deutlich internationalistischer waren als ihre amerikanischen Kollegen.

V. Internationalismus im breiteren ideologischen Kontext

Die Dynamik des Alltagslebens bringt es mit sich, daß die Mehrzahl der Menschen in der Regel nur indirekt und vermittelt mit den Problemen der internationalen Politik konfrontiert ist. Dem entspricht in modernen Gesellschaften — und in 'friedlichen Zeiten' — der Primat der Innenpolitik. Als Folge davon gehört insbesondere das UN-System als Forschungsgegenstand zu den traditionellen Schwachstellen und Grauzonen der empirischen Meinungsforschung. Es ist jedoch möglich, dieses Bild durch einige zusätzliche Mosaiksteinchen und Farbtupfer zum Komplex Nationalismus/Internationalismus und zu allgemeinen politischen Einstellungen zu vervollständigen.

Auf die Frage, welchem Staat sie den größten Respekt zollten, nannten 59 vH der amerikanischen Befragten die USA, nur insgesamt 16 vH konnten oder wollten sich nicht entscheiden. In keinem anderen Industrie- oder Entwicklungsland war die ›Selbstwahl‹ auch nur annähernd so hoch wie in den USA, und — vielleicht wichtiger in diesem Zusammenhang — die Quote der Nicht-Antworter und Verweigerer lag meistens mindestens doppelt so hoch (Westeuropa: 32, Bundesrepublik Deutschland: 58, Skandinavien: 63 vH) (Gallup 1977 a).

Entsprechend große Unterschiede zwischen den USA einerseits, den (west)europäischen Staaten und Japan andererseits ergaben sich in einer neueren Studie bei der Selbsteinschätzung des Nationalstolzes. Weitgehend parallel dazu lag die Bereitschaft der Befragten, ihr Land nötigenfalls verteidigen zu wollen (USA: 71, Europa: 43, Bundesrepublik Deutschland: 35, Japan: 22 vH) (Heald 1982). Diese Antwortmuster spiegeln sich auch wider bei Fragen nach den bevorzugten Nuklearstrategien: Während in den USA nur 12 vH eine einseitige nukleare Abrüstung oder zumindest ein Aussteigen aus dem Rüstungswettlauf befürworten, sind es vergleichsweise starke Minderheiten in Japan (42 vH) und den europäischen Staaten (Frankreich: 29, Bundesrepublik Deutschland: 41, Niederlande: 45, Spanien: 67 vH). Nur 14 vH der amerikanischen Öffentlichkeit halten die nukleare Verteidigung im Falle eines Nuklearangriffs für illegitim, in Europa ist dieser Anteil in der Regel mindestens doppelt so groß (Frankreich: 27, Bundesrepublik Deutschland: 31, Niederlande: 42, Spanien: 61, Japan: 58 vH) (Louis Harris Poll 1983). Andererseits war in den USA nur eine Minderheit (38 vH) der Meinung, die reichen Staaten sollten die Entwicklungsländer finanziell stärker unterstützen, während in den anderen westlichen Industriestaaten (und den Ländern der Dritten Welt) deutliche Mehrheiten diese Ansicht vertraten (Kanada: 52, Australien: 72, Japan: 65, Großbritannien: 55, Bundesrepublik Deutschland: 54, Skandinavien: 71, Lateinamerika und Afrika: 90 vH) (Gallup 1977 a). In den USA äußert — für den Fall eines Konfliktes zwischen den Zielen — eine große Mehrheit (72 vH) eine Präferenz für persönliche Freiheit gegenüber der Alternative, notfalls die gesellschaftliche Gleichheit als Hauptziel zu betrachten (20 vH). In Europa sind die Präferenzen wesentlich ausgeglichener (Freiheit: 49, Gleichheit: 35 vH; Bundesrepublik Deutschland: 37/39, Frankreich 54/32, Italien: 43/45, Japan: 37/32 vH) (Heald 1982).

Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang auch ein weiteres Indiz für die Art und Stärke des ›amerikanischen Individualismus‹: 84 vH aller Amerikaner erklären, auf ihre Arbeit ›sehr stolz‹ zu sein, und nur 2 vH empfinden wenig oder keinen Stolz. Die Europäer sind nur zu 36 vH ›sehr stolz‹, während 24 vH geringen oder keinen Stolz empfinden (Bundesrepublik Deutschland: 15/40, Frankreich: 13/33, Italien: 29/26, Japan: 37/12 vH) (Heald 1982).

Die politische Selbsteinstufung der repräsentativen Bevölkerungsstichproben auf einer Links-Rechts-Skala zeigt für die USA (liberal-konservativ) gegenüber Europa einen deutlich konservativeren Durchschnittswert; allerdings weichen die einzelnen europäischen Werte teilweise stark vom Durchschnitt ab, weil es ein ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle in der ›europäischen Linksorientierung‹ gibt (sehr viel ausgeprägter ist sie in den Mittelmeerländern, während sich die Niederlande, die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und die skandinavischen Länder stärker ›rechts‹ einstufen) (Heald 1982; Stoetzel 1983).

Schließlich sollte betont werden, daß die USA mit außerordentlich großem Abstand das am stärksten religiös orientierte Industrieland sind. Mit der Ausnahme Irlands gibt es kein ›katholisches‹ und erst recht kein ›protestantisches‹ europäisches Land, für dessen Bevölkerung die Religion insgesamt, der Kirchgang, die Vorstellung einer unmittelbaren göttlichen Beobachtung und Bewertung des individuellen Verhaltens eine so ausgeprägte Rolle spielen wie in den USA — und dies für alle Bildungsniveaus und für Protestanten ausgeprägter als für Ka-

tholiken (Heald 1982; Stoetzel 1983; Gallup 1977 a; Sigelman 1977).

VI. Stabilität und Wandel in der amerikanischen Ideologie

In mancher Beziehung überraschen und verwundern die zusammengefaßten Befunde, in anderer scheinen sie alte (Vor-) Urteile und Einschätzungen zu bestätigen. Zunächst sollen einige Elemente des Wandels im Meinungsbild und ideologischen Klima der USA während der letzten zwei bis drei Jahrzehnte hervorgehoben werden: Der tiefgreifende Veränderungsprozeß im Meinungsbild der amerikanischen Öffentlichkeit konzentrierte sich in der Dekade von 1965 bis 1975. Er kann zusammengefaßt werden unter dem Motto: von Vertrauen und Zustimmung zu Mißtrauen und Kritik gegenüber den gesellschaftlichen Institutionen. Während in den fünfziger Jahren durchgängig (und stabil) Minderheiten von 15 bis 30 vH der (Bundes-)Politik und den Politikern, der Wirtschaft und den großen Firmen mißtrauisch oder ablehnend gegenüberstanden, sind es seit den frühen siebziger Jahren solide Mehrheiten zwischen 55 und 75 vH (Lipset/Schneider 1983). Von diesem Vertrauensschwund wenig oder gar nicht betroffen wurden lediglich die Armee, die Polizei und die Kirche.

Der oben in Kapitel IV charakterisierte Zustimmungsschwund zum UN-System ist aus dieser Sicht betrachtet nicht spektakulärer als der Vertrauensschwund in den Kongreß oder die führenden Wirtschaftsunternehmen. Bedeutet dies nun, daß die USA ›unamerikanisch‹ geworden sind? Durchaus nicht, vielmehr scheint das zentrale ideologische Element der USA, der ›institutionalisierte Individualismus‹, zwar in anderer Form, aber ungebrochen und selbstbewußt weiterzubestehen.

Bei der Beurteilung des Vertrauensschwundes gegenüber politischen und wirtschaftlichen Institutionen muß grundsätzlich bedacht werden, daß sich das zunehmende Mißtrauen aus zwei verschiedenen Quellen speist und in zwei (Gruppen von) sozialen Lagern verankert ist, formelhaft verkürzt: im ›konservativen‹ und im ›progressiven‹ Lager, die beide — aus ganz unterschiedlichen Motiven — den bestehenden gesellschaftlichen Strukturen zunehmend kritischer gegenüberstehen. Bemerkenswert sei — so argumentiert Lipset —, daß der Glaube an und die Zustimmung zum System der politischen Demokratie und der freien Marktwirtschaft trotz zunehmender Kritik an Symptomen und Einzelproblemen nachweislich erhalten geblieben ist. Aus dieser Perspektive betrachtet sind die Veränderungen im Meinungsklima in erster Linie die begrüßenswerten Folge der Modernisierung der amerikanischen Gesellschaft, insbesondere auch ein Ergebnis der Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte und erst in zweiter Hinsicht Zeichen einer konservativen Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen. Lipset meint gar, feststellen zu können, daß es heute in den USA wie in anderen westlichen Ländern keine stabile soziale Verankerung mehr gäbe für reaktionär-fundamentalistische Positionen, die mit Aussicht auf Erfolg das politische Leben beeinflussen könnten (Lipset 1982). Die Prämisse dieser Behauptung oder Hoffnung ist natürlich — auf die USA bezogen — die Einstufung der Politik Präsident Reagans und ihrer Unterstützung durch breite Teile der Öffentlichkeit als ›völlig normal‹ und innerhalb des üblichen und erwartbaren amerikanischen Spektrums.

Genau hierin aber scheint das Problem des amerikanischen Selbstbildes zu liegen und eine wichtige Quelle von internationalen Kommunikations- und Verständigungsschwierigkeiten. In den USA scheint die Religion als ein Deutungssystem, das das (Selbst-)Bild der Gesellschaft entscheidend prägt und, wichtiger noch, ihm die grundlegende Legitimation verschafft, in einer bestimmten Ausprägung lebendiger erhalten zu sein als in anderen (westlichen) Industriestaaten. Das zentrale Element dieser ›amerikanischen Religion‹ ist die Übernahme und weltliche Verallgemeinerung der (protestantischen) Grundidee gleicher Seelen vor dem Herrn, die ohne die Vermittlung dazwi-

schengeschnittener Expertenhierarchien eigenverantwortlich ihr Tun und Lassen zu vertreten haben. Jenseits aller zusätzlichen Effizienz- oder Opportunitätsgesichtspunkte war und blieb dies die Triebkraft und der Maßstab für die politischen Verfahren der Demokratie, die ›individualistische‹ Marktwirtschaft und die sozialen Organisationsmuster in den USA. Die langfristigen Modernisierungsprozesse in den anderen Industriestaaten und der Dritten Welt nahmen und nehmen einen anders akzentuierten Verlauf. Diese Staaten hatten nicht die historische Chance, die Denkmuster und Sozialstrukturen des Feudalismus in seiner Verbindung mit traditionellen Ausprägungen der Religion so früh und so vollständig abzuschütteln. Die Folge war offensichtlich die Herausbildung einer ›unamerikanischen Mischung‹ von ideologischen Elementen der Modernität, die vor allem durch zwei Charakteristika gekennzeichnet ist:

1. die schrittweise stärkere Verankerung des ›modernen Individualismus‹ bei
2. gleichzeitiger Modernisierung kollektivistischer und korporatistischer Vorstellungen.

Letzteres findet vor allem seinen Niederschlag in einer höheren Einschätzung der Legitimität kollektiver Arrangements (man denke etwa an Konzepte wie ›Wohlfahrtsstaat‹ oder ›soziale Marktwirtschaft‹) und kollektiver Treuhänder (extensivere Deutung der legitimen Aufgaben des Staates oder anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften) bis hin zur extrem akzentuierten Gesellschaftskonzeption des ›realen Sozialismus‹. Es scheint diese außerhalb der USA übliche höhere Legitimität des Kollektivismus und Korporatismus zu sein, die in ihrer universalistischen Verallgemeinerung in der nichtamerikanischen Welt auch zu einer positiveren Einschätzung des UN-Systems führt: Ordnungspolitische Konzepte wie ›gemischte Wirtschaft‹/›soziale Marktwirtschaft‹ behalten ihre Legitimität, wenn sie über den nationalen und regionalen Kontext hinaus verallgemeinert werden bis hin zur Einbeziehung der Dritten Welt; ›individuelle Freiheit‹ wird weniger scharf als Antinomie zu ›Gleichheit‹ wahrgenommen, woraus sich unter anderem die Legitimität von Transferleistungen und Transferregimen auch im Nord-Süd-Zusammenhang ergibt.

Demgegenüber repräsentieren die gegenwärtige amerikanische Regierung und die sie stützenden Teile der Öffentlichkeit jene rigid-einfache Variante der individualistischen Gesellschaftsideologie, die im politologischen Sinn schon als fundamentalistisch zu bezeichnen ist. Die dahinterliegende spezifische Form einer lebendigen Religiosität verleiht der amerikanischen Politik ihre Zuversicht und Stärke, gleichzeitig aber auch ihre Gefährlichkeit.

Die Konzeption des ›American Israel‹ ist lebendig; anders zu denken und zu handeln als die Führung von ›God's Own Country‹ kann dann leicht zum Sakrileg werden, zu den Mächtschaften des ›Reiches des Bösen‹.

VII. Ein ›dritter Weg‹ für die Vereinten Nationen?

Nicht völlig unberechtigt war in den fünfziger Jahren die Bezeichnung des UN-Systems als Werkzeug Washingtons (›American rubber stamp machine‹) und die Klage über die durchgängige, einseitig westlich-amerikanische Politisierung aller Tätigkeitsbereiche. Umgekehrt kritisieren Vertreter der heutigen Minderheit westlich-demokratischer Staaten nicht völlig unbegründet den Einfluß und das Verhalten der neuen Mehrheit armer Staaten in ihrer mehr oder weniger lockeren gelegentlichen Koalition mit ›sozialistischen‹ Industriestaaten. Unsere kritische Darstellung der amerikanischen Position sollte weder als Weißwaschen der Dritten Welt noch als indirekte Rechtfertigung der insgesamt gesehen sehr bescheidenen Rolle der Staaten des ›realen Sozialismus‹ in der multilateralen Zusammenarbeit mißverstanden werden.

Deutlich werden sollte die Art und das Ausmaß des beobachtbaren aggressiven Rückzugs der Vereinigten Staaten aus dem System der multilateralen Kooperation und die ideologische

Verankerung dieser Politik. Damit zeichnet sich immer deutlicher eine stille Koalition der Supermächte ab, die aus unterschiedlichen Motiven auf gewisse gemeinsame Politiken gegenüber dem UN-System zielt, die folgendermaßen zusammengefaßt werden können:

- > Abbau der staatsdemokratisch verfaßten Diskussions- und Entscheidungsverfahren, wie sie für die Generalversammlung und vergleichbare Gremien typisch sind;
- > Stärkung der Exklusivgremien — etwa des Sicherheitsrats — mit abgesicherter Sonderstellung der Supermächte;
- > Konzentration der Arbeit des UN-Systems auf möglichst begrenzte Politikfelder, die vorgefiltert sind durch die Relevanzdefinition führender Industriestaaten;
- > Abwehr der Versuche der von den ärmeren Staaten gebildeten Mehrheit, die Aufgabenbereiche des UN-Systems im Sinne einer internationalen Leistungsverwaltung zu erweitern, die durch Pflichtbeiträge entsprechend der Wirtschaftskraft der Mitglieder zu finanzieren ist;
- > Begrenzung des Handlungsspielraums der Organisation durch scheinbar von Sparsamkeitserwägungen motiviertes Drängen auf reales ›Nullwachstum‹ der Haushalte;
- > verstärkte politische Kontrolle des Personals der internationalen Organisationen.

Die Richtung dieses Trends zielt auf den Status quo ante einer politisch stimmenlosen Dritten Welt, die durch Bipolarität überschaubar strukturiert ist.

Ob die Uhr der Geschichte in dieser Form zurückgedreht werden kann und — vor allem — soll, darf bezweifelt werden. Ob es andererseits gelingt, das UN-System zu erhalten und weiter auszubauen, erscheint aber auch immer weniger sicher angesichts der politisch-ideologischen Verkrustungen der ›sozialistischen‹ Industrieländer einerseits und der Verhärtung der amerikanischen Position andererseits. In dieser Situation wird es keinen ›dritten Weg‹ für die Weltorganisation geben, wenn die westlichen Industriestaaten den amerikanischen Lösungen folgen.

Aber die politische Kultur des nichtamerikanischen Westens unterscheidet sich von der der USA so deutlich, daß es immerhin eine Hoffnung auf die fortgesetzte westlich-nichtamerikanische Unterstützung eines vernünftigen Multilateralismus gibt.

Literaturverzeichnis

- Ch. Alger, 1980: The US Public and the UN: Moving the Public from ›We Believe‹ to ›We Participate‹. Background paper for the UNA-USA project on ›The UN at 35‹, mimeographed, 39 S. — H. von Damm, 1985: Die Vereinten Nationen aus amerikanischer Sicht, in: Die Vereinten Nationen und Österreich, 34. Jg., Nr. 1-2, S. 7-13. — R. Falk, 1975: The American Attack on the United Nations: An Interpretation, in: Harvard International Law Review, Vol. 6, No. 3, S. 566-575. — P. Fischer, 1976: Daniel P. Moynihan — Neuer Stil oder neue Politik?, VN 1/1976 S. 12ff. — Gallup, 1977a: Human Needs and Satisfaction. A Global Survey. Summary Volume. Princeton, N.J. (Gallup International), 264 S. — Gallup, 1977b: Human Needs and Satisfaction. Selected Cross Tabulations. Princeton, N.J. (Gallup International); Aussagen über spätere UN-bezogene USA-Ergebnisse beziehen sich auf Umfragen von Gallup und Roper bis Anfang 1984. — G. Heald, 1982: A Comparison Between American, European, and Japanese Values. London (Gallup Institute; paper for the 1982 Meeting of the World Association of Public Opinion Research). — K. Hüfner/J. Naumann, 1985: Fakten und Anregungen zum UNESCO-Problem, in: epd-Entwicklungspolitik, Nr. 6/1985, Dokumentation, S. a-e. — S. M. Lipset, 1982: Failures of Extremism, in: Society, Vol. 20, No. 1, S. 48-58. — S. M. Lipset/W. Schneider, 1983: The Decline of Confidence in American Institutions, in: Political Science Quarterly, Vol. 98, No. 3, S. 379-402. — Louis Harris Poll, 1983: The Atlantic Institute for International Affairs: Security and the Industrial Democracies. Paris, XVIII S. — D. P. Moynihan/S. Weaver, 1980: Einspruch. Der UNO-Botschafter gegen die Weltpolitik der Anpassung. Berlin/Frankfurt a. M. (Ullstein), 320 S. — M. Nerfin, 1976: The United States Sanctions Against UNESCO and the Three Vetoes. Is a Democratic United Nations System Possible?, in: Development Dialogue, No. 2, 1976, S. 79-94. — E. Perkins/J. Robinson, 1977: The Public Looks at the United Nations: Implications for Foreign Policy (paper presented to the Midwest Association of Public Opinion Research, Chicago, Ill., Oct. 27-29). — B. Y. Pines (ed.), 1984: A World Without a U.N. What Would Happen if the United Nations Shut Down. Washington, D.C. (The Heritage Foundation), 176 S. — E. W. Riggs/I. J. Mykletun, 1979: Beyond Functionalism. Attitudes Toward International Organization in Norway and the United States. Oslo (Universitetsforlaget), 224 S. — L. Sigelman, 1977: Review of the Polls. Multi-Nation Surveys of Religious Beliefs, in: Journal for the Scientific Study of Religion, Vol. 16, No. 3, S. 289-294. — J. Stoetzel, 1983: Les valeurs du temps présent: une enquête européenne. Paris (PUF), 309 S. — H. Wetzel, 1985: Streit um die zweite Auffüllung des IFAD, VN 1/1985 S. 11ff.